

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 37 • 37. Jahrgang

Berlin, den 12. September 1931

Das Parlament der Arbeit in Frankfurt a. M.

Für verzagte Gemüter, für Leute, die es gerne so hätten, für einige bürgerliche Journalisten, die sich in den Kaffeehäusern des Berliner Westens geistig befruchteten lassen, und für ganz radikale Zeitungsschreiber sind die freien Gewerkschaften absterbende Gebilde, deren Zeit vorbei ist, die zur Ohnmacht verdammt sind und nichts mehr ausrichten können. Unternehmer dagegen und erreaktionäre Kreise sind nicht so dumm, sie wissen Leben und Bedeutung der freien Gewerkschaften richtig einzuschätzen und verfolgen sie daher mit grimmigem Haß, der allerdings den Gewerkschaften sehr gut bekommt. Unternehmer und ihre Trabanten brauchen keinen Anschauungsunterricht, sie sind vollkommen in der Bilde. Den andern aber hätte man gerne die vermeintliche Ohnmacht der Gewerkschaften vor Augen geführt, wozu der nun beendete Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. vorzüglich Gelegenheit bot. Nicht nur der Kongreß allein mit seinen Arbeiten, auch die Begleittereignisse dieser Tagung der freiorganisierten Arbeiter boten reiches Anschauungsmaterial von der Macht und Stärke der dem ADGB angehörenden Verbände.

Der Sonntag vor Beginn der Tagung sah die gesamte Frankfurter Arbeiterchaft auf den Beinen, die in einer gewaltigen Kundgebung den Luftakt zum Kongreß gab. Stundenlang zogen die Kollegen und Kolleginnen in Achterreihen vor einer dichtgedrängten Zuschauermenge vorüber, den unbeeuglichen Willen bekundend, im Gewerkschaftskampf der Zeiten mit ihren widrigen Verhältnissen Herr zu werden. Große Zuerstlichkeit leuchtete aus den Gesichtern der Alten und Jungen, als Kollege Eggert zu ihnen sprach und sie auftrabte, das Banner der Gewerkschaft weiter zu tragen bis zum Endsiege über Lohnnechsigkeit und finstere Reaktion. Mancher Gewerkschaftsfeind, der am Straßenrand stand und eigentlich gekommen war, um häßliche Bemerkungen zu machen, zog ein verdühtes Gesicht und verdrückte sich schnell. Einen sahen wir, der ein paar dämliche Redensarten doch nicht unterdrücken konnte, von den Umstehenden aber, die keinen Spaß verstanden, recht unsanft entfernt wurde. Vielleicht ist diesem oder jenem der Gedanke gekommen, daß das Geschreibsel feines Käseblattes mit der Wirklichkeit nicht in Einklang zu bringen ist, und hoffentlich hat er daraus dann die richtige Lehre gezogen. Es wäre zu seinem Besten.

Schon die Eröffnung des Kongresses zeigte uns Kollegen Leipart als Arbeiterführer von großem Format. Herzergreifend war seine Antwort an den Reichsarbeitsminister, den er mit dem furchtlosen Mann verglich, der mutig einen Schritt nach dem andern zurückweicht. Was übrigens Herr Stegerwald in seiner Begrüßungsansprache den offenen und versteckten Feinden des arbeitenden Volkes sagte, war nicht von Pappe, wie der Berliner sagt, nur vermiffen wir die Laten, die solchen Worten folgen müssen. Er hat als Vater des großen Lohnabbaues nicht mehr viel Sympathien bei der Arbeiterschaft zu verlieren, doch wir freuen uns über jeden reuligen Sünder, der sich bessern will.

Leiparts Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes, den er mit einem Hinweis auf die 40-Stunden-Woche einleitete, zeigte im Zusammenhange ein sprechendes Bild von den gewaltigen Leistungen der Verbände und den unerhörten Anforderungen während der letzten Jahre. Seine Anklage, daß die Lasten der Wirtschaft um so stärker auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt worden sind, je mehr wir uns dem Tiefpunkt der Wirtschaftstätigkeit genähert haben, war zugleich

Arteil über eine gegen die Arbeiterschaft gerichtete Politik, die zu verhindern leider die Kraft der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei nicht ausreichte. Der Bundesvorsitzende ließ in seiner Rede keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Ungerechtigkeiten nicht bestehen bleiben dürfen. Kollege Leipart war von einer erfrischenden Deutlichkeit, alle Dinge beim rechten Namen nennend. Der Kongreß stimmte seinen Ausführungen ohne Einschränkung zu.

Die reiche Tagesordnung des Kongresses stellte an die Teilnehmer die größten Anforderungen. Wer es noch nicht weiß, dem sei es hier gesagt, daß aufmerksames Zuhören gar nicht leicht ist. Die Rede von Professor Lederer über „Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche“ brachte eine überreiche Fülle von Anregungen und Gedanken, die wert sind, nicht nur einmal aufgenommen zu werden. Da dieses Referat ebenso wie das von Oberbürgermeister Brauer über „Öffentliche und private Wirtschaft“ in Kürze allen Kollegen und Kolleginnen zugänglich gemacht wird, wird eine sehr eingehende Behandlung dieser wichtigen, die Arbeiterschaft stark berührenden Fragen jedem Gewerkschafter möglich sein. Wir wünschen nur, daß unsere Mitglieder sich sofort nach Erscheinen in den Besitz dieser Reden bringen.

Kam am Donnerstag, dem 3. September, nachmittags, ein Fremder nach Mainz, dann würde er erstaunt gewesen sein über das lebhafteste Treiben in dieser Stadt. Es war allerdings auch etwas Besonderes los. Die Delegierten und Gäste des Gewerkschaftskongresses hatten für einige Stunden ihre Tagung unterbrochen, um in Mainz an einer riesigen Kundgebung teilzunehmen, die in der Stadthalle stattfand. Der Riesensaal war um 7 Uhr gefüllt. Trotzdem konnten nicht alle Platz finden, weshalb Parallelsammlungen notwendig waren. Mit lebhaftem Beifall wurde der Einmarsch des Reichsbanners, der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Deputationen der Gewerkschaften mit Fahnen und Standarten, der Kinder-, Trommler- und Pfeiferschöre von der riesigen Versammlung begrüßt. Eröffnet wurde die Kundgebung von dem Gewerkschaftssekretär Thomas, Mainz. Dann begrüßte der heftigste Staatspräsident Adeling die Delegierten und Gäste. Er sei ein langjähriger Gewerkschafter und wisse deshalb die Bedeutung der Gewerkschaften in



Staat und Wirtschaft zu schätzen. Der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux erklärte, daß er mit tiefer Freude an dieser imposanten Kundgebung teilnehme. Ihr deutschen Proletariat, so sagte Jouhaux, könnt versichert sein, daß der deutsche Rhein nicht die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich bildet, sondern dieser Strom soll das Band sein, das beide Völker verbindet.

Das Hauptreferat hielt der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Peter Graßmann. Seine Rede enthielt u. a. folgende Gedankengänge: Im Gegensatz zu dem, was auf manchen Rheinlandsfeiern mit tönenden Worten erzählt wurde, betonen wir, daß es vor allem ein Verdienst der Gewerkschaften war, während der Dauer der Befugung die Einheit der Deutschen Republik gewahrt zu haben. Bereits am 21. Dezember 1918 haben die Vertreter der Gewerkschaften eine Denkschrift verfaßt, die die Wünsche und Forderungen der arbeitenden Bevölkerung enthielt. Trotzdem die Befugungsbehörde vielen Forderungen der Gewerkschaften entsprach, war die gewerkschaftliche Tätigkeit während dieser Jahre sehr gehindert. Wir konnten deshalb mit den Arbeitern des befestigten Gebietes den Tag begrüßen, der Deutschlands Gebiete von fremden Soldaten befreite. Zum Schluß redete Graßmann mit überzeugenden Worten der Beständigkeit der Völker das Wort. Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Schewe u. s. behandelte im Verlauf seiner Rede die internationalen Zusammenhänge und die Wirtschaftskrise.

Der Vorsitzende des ADGB, Kollege Leipart, dankte der Mainzer Arbeiterschaft von ganzem Herzen für diese gewaltige Kundgebung. Er sei überzeugt, im Sinne aller Delegierten zu sprechen, wenn er sage, daß diese Kundgebung von keinem Delegierten jemals vergessen werden würde. Damit hatte diese gewaltige Kundgebung ihr Ende erreicht. In einzelnen Gruppen zog die Mainzer Arbeiterschaft unter klingendem Spiel ab.

Begreifliches Interesse fand bei den Delegierten das Referat Köpplers über „Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts“. Seine Darstellungen weckten lebhaften Widerhall bei den Zuhörern, die Aussprache war recht lebendig. Die Erfahrungen aus arbeitsrechtlichem und arbeitsgerichtlichem Gebiet sind ja für die Arbeiterschaft durchaus nicht immer angenehm gewesen. Daher mußte starke Kritik geübt werden, Forderungen wurden angemeldet, die verwirklicht werden können. Unsere Wünsche werden allerdings nur dann eine gesetzliche Festlegung im Arbeitsrecht finden, wenn die Arbeiterschaft sie geschlossen durch die Gewerkschaften vertritt. Sagt es den Außenstehenden, denen es so lange schlecht gehen wird, als sie die Gewerkschaften meiden.

Der letzte Tag des Kongresses, der Freitag mittag geschlossen wurde, brachte einige Veränderungen im Bundesvorstand. Drei verdienstvolle Kollegen scheiden aus, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Der treue Sachwalter der Finanzen des Bundes, Hermann Kube, tritt von seinem Posten zurück, sowie ein Nachfolger für ihn gefunden ist. Kollege Hermann Müller, der uns auch beruflich nahesteht, will die Bearbeitung seines Gebietes einem andern überlassen, und Alexander Koll, der vornehmlich sich der Bildungsarbeit gewidmet hat, sind nach einem Leben harter Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung Jahre der Ruhe wohl zu gönnen. Dem Kollegen Leipart fiel es sichtlich schwer, von seinen Mitarbeitern Abschied zu nehmen, der Kongreß dankte den drei Kollegen impulsiv für ihre Verdienste um die organisierte Arbeiterschaft.

Bericht vom Gewerkschaftskongress

Verammelt waren 306 Delegierte, die 4,7 Millionen Mitglieder vertreten. Außerdem waren anwesend die Sekretäre des Bundesvorstandes, die Bezirkssekretäre des ADGB, zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland und ein großer Stab von Behördenvertretern, an ihrer Spitze der Reichsarbeitsminister Siegelwald. Allein die Beschäftigung dieses Kongresses deutet auf seine Bedeutung hin.

Die Begrüßungsansprache gab Leipart Gelegenheit, einen historischen Rückblick auf die Entwicklung in der Vergangenheit zu werfen. Als der Gewerkschaftskongress vor 32 Jahren in Frankfurt zusammen war, hatten die Gewerkschaften 495 000 Mitglieder. Karl Legien hat diese Mitgliederzahl als einen bedeutenden Fortschritt bezeichnet. Heute folgen der Führe der Gewerkschaften zehnmal soviel Arbeiter und Arbeiterinnen. 1899 wurde gekämpft für die Anerkennung der Tarifverträge, und heute arbeiten unter weit verbesserten Verträgen in Deutschland mehr als 12 Millionen Arbeiter. Der Fortschritt in den letzten 32 Jahren ist gewaltig.

Es war sicher mehr als ein Symbol, daß der gleiche Mann, der den Kongress vor 32 Jahren eröffnet hatte, auch den diesjährigen begrüßen konnte. Bürgermeister Gräff sprach 1899 als Arbeitersekretär und diesmal als Bürgermeister der Stadt Frankfurt. Schon hierin zeigt sich der bedeutende Wandel in diesem Zeitraum. Auch was der Vertreter des Ortsausschusses des ADGB, Kollege Mischbach, in seiner Begrüßungsansprache anführte, begegnete dem lebhaften Interesse des Kongresses. Vor 30 Jahren hatte Frankfurt 8700 Mitglieder und jetzt 72 000. Damals wurden in Frankfurt von den Gewerkschaften für Unterstützungen 31 000 M. und im Vorjahre 2,1 Millionen Mark ausgegeben.

Die Begrüßungsrede des Reichsarbeitsministers Stegerwald wurde vom Kongress mit lebhafter Aufmerksamkeit entgegengenommen. Stegerwald erwähnte, daß er den Arbeitern in der letzten Zeit allerlei habe zumuten müssen, trotzdem trete er mit gutem Gewissen vor diesen Kongress. In seinen Ausführungen entwickelte Stegerwald ungefähr folgende Gedankengänge: Ich bin davon überzeugt, daß ein anderer Arbeitsminister keine bessere Politik als die meine zu machen in der Lage gewesen wäre. Neben Staat und Wirtschaft steht gegenwärtig die deutsche Sozialpolitik vor der größten Krise seit ihrem Bestehen. Die Sozialversicherung namentlich wird von einer heftigen Krise heimgesucht. Jede Regierung steht gegenwärtig vor drei großen Fragen. 1. Was muß seitens der Welt und was kann seitens Deutschlands geschehen zur unbegünstigten Befriedigung Europas. 2. Wie retten wir die Lebensbestände des demokratischen Staates über die Krise hinweg und 3. wie bringen wir die Arbeitslosen über den nächsten Winter. Nur wenn es gelingt, diese Probleme zu lösen, werden wir Wirtschaft und Arbeiterbewegung vor dem Zusammenbruch retten. Die deutsche Wirtschaft und namentlich Reich, Staat und Gemeinden haben in der Vergangenheit Großes geleistet. Die Wirtschaft ist in zahlreichen Zweigen überflüssig. Sie ist zum Sparen gezwungen. In Notzeiten wie jetzt sind Gehälter von 300 000 M. und darüber ein Volksärgernis und unverantwortlich. Eine Senkung der Löhne und Gehälter als Alibiemittel zu betrachten, muß ich rühmweg ablehnen. Auch scheint mir ein Verzicht auf die staatliche Schlichtung ungeschloffen. Gerade in Krisenzeiten ist ein staatlicher Schutz der Lohn- und Gehaltsempfänger unentbehrlich. Stegerwald ging dann auf die Krise der Sozialversicherung und der Arbeitslosenunterstützung ein. Neben den 4 Milliarden, die die alte Sozialversicherung jährlich kostet, sollen künftig weitere 1 1/2 Milliarden zur Unterhaltung der Arbeitslosen aufgebracht werden. Der deutsche Arbeitsminister soll also dreifach soviel Mittel aufbringen, als die Jahreseinnahme der dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften ausmachen. Das ist eine schwere Aufgabe. Allein in den nächsten 7 Monaten müssen für die Arbeitslosen 2 Milliarden Mark aufgebracht werden. Deshalb wird das Reichsarbeitsministerium prüfen, 1. inwieweit die Arbeitszeitverkürzungen ohne starke Gefährdung der Ausfuhr durchgeführt werden können; 2. inwieweit periodische Auswechslungen einzelner Arbeitergruppen mit Arbeitslosen möglich sind; 3. inwieweit eine noch stärkere Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen möglich ist; 4. ob die Unterstützung der Arbeitslosen in Form von Naturalien geschehen kann. In diesem Zusammenhang muß dafür gefordert werden, daß die Unterstützungsberechtigten billig mit Lebensmitteln, Kohlen usw. versorgt werden können. Hier erwächst eine Aufgabe für Städte und Konsumvereine. Die deutsche Bevölkerung hat schon schlimmere Zeiten als heute durchgemacht. Früher fehlte es an Lebensmitteln, heute haben wir daran einen Überfluß. Es ist unter allen Umständen zu verhindern, daß Teile der deutschen Bevölkerung bei großem Überfluß zu hungern gezwungen sind. Die deutsche Arbeiterschaft zählt zu den geistig aufgewecktesten und intelligentesten der Welt. Dazu hat jahrzehntelange Schulung durch die Gewerkschaften wesentlich beigetragen.



H.S.
Rudolf Braun

Gewerkschaftsarbeit ist Denarbeit und Geduldarbeit. Mit dem Wunsche, daß sich diese Tagung günstig für das Gesamtwohl auswirken möge, schloß der Reichsarbeitsminister seine mit Temperament vorgetragene Begrüßungsansprache.

Kollege Leipart dankte dem Minister für seine Rede. Der Reichsarbeitsminister habe eine geklärte und mutige Rede gehalten. Die Gewerkschaften hätten allerdings manchmal die Überzeugung gehabt, daß der Mut des Ministers vor den Wünschen der Unternehmer allzu stark zurückgewichen sei. Der Gewerkschaftskongress habe erwartet, daß der Reichsarbeitsminister ihm eine freudige Überraschung bezüglich der Durchführung der 40-Stunden-Woche gebracht hätte. Wenigstens doch in einzelnen Industriezweigen. (Zuruf des Reichsarbeitsministers: Das hätte ich tun können.) Leider sind die Hoffnungen der Kongressmitglieder umsonst gewesen. Leipart schloß mit dem Wunsche, daß der Minister stark bleiben möge in der Verteidigung der Interessen der Arbeiter, dann würde er der Unterstützung der Gewerkschaften sicher sein.

Es folgen eine Reihe weiterer Begrüßungsansprachen. Es sprachen der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Schevenels, der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes, Direktor Donau (Berlin), Kollege Aufhäuser im Namen des ADGB-Bundes, Genosse Falkenberg im Namen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Genosse Bäckerlein im Namen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und Dr. Bachem im Auftrage der Arbeiterfront.

Der Bericht des Bundesvorstandes

wurde vom Kollegen Leipart in einer groß angelegten Rede gegeben. Leipart behandelte alle Fragen, die gegenwärtig im Mittelpunkt der Erörterungen stehen, wobei er von der gegenwärtigen Krise ausging.

Wenn der Hamburger Gewerkschaftskongress als Kongress der Delegierten ein Buch über die "Wirtschaftsdemokratie" überreichen konnte, so erhalten die Delegierten heute ein Sammelwerk, das sich mit den Werten des Augenblicks beschäftigt: "Das Buch über die 40-Stunden-Woche." Es ist zu hoffen, daß dieses Buch die gleiche Aufmerksamkeit wie die frühere Schrift über die Wirtschaftsdemokratie finden möge. Die Gewerkschaften sind nicht müde geworden, den wirtschaftsdemokratischen Gedanken weiter zu verfolgen. Die Krise der deutschen Wirtschaft, die Vorkommnisse der jüngsten Zeit, haben eine Kontrolle der privaten Wirtschaft als dringend notwendig erscheinen lassen. Deshalb haben die Gewerkschaften Vorschläge zur Aktienrechtsreform sowie die Kontrolle der Banken durch ein Bankennutzgesetz, Ausfühlich besprach Leipart die Arbeitslosigkeit und die mit ihr zusammenhängenden Probleme. Es sei eine Verlagerung der Unterstützung aus der Versicherung in die Krisenfürsorge und die gemeindliche Wohlfahrtspflege eingetreten. Die Gewerkschaften haben gefordert, daß die Krisenfürsorge und die Unterstützung der Wohlfahrtsvereinsvorsorge zu einer allgemeinen Reichsarbeitslosenfürsorge zusammengefaßt werden. Leipart forderte, daß bezüglich der Arbeitsbeschaffung die größtmöglichen Anstrengungen gemacht werden. Ein Mittel, die vorhandene Arbeitsmenge auf möglichst viele Personen zu verteilen, sei die Verkürzung der Arbeitszeit. Auf das Gebiet der Sozialversicherung übergreifend, streifte Leipart alle die eingetretenen Schwierigkeiten und legte dazu den Standpunkt der Gewerkschaften dar. Bezüglich der Währungsarbeit der Kommunisten machte Leipart die Feststellung, daß das Experiment der Mosauer Gewerkschaftsinternationale, eigene Organisationen aufzubauen und die Kommunisten in der KGD. zusammenzufassen, fehlgeschlagen sei. Zum Schluß besprach Leipart die in letzter Zeit aufgetauchten Fragen zur internationalen Lage. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Naturngemäß mußte die Aussprache sehr lebhaft ausfallen. Sie wurde temperamentvoll geführt und fand, wie das nicht anders zu erwarten ist, auf geistiger Höhe. Da sich selten die Gelegenheit bietet, den Reichsarbeitsminister vor sich sitzen zu sehen, so nahmen die Diskussionsredner die Gelegenheit wahr, ihn über diesen und jeden Punkt und über die speziellen Berufsverhältnisse aufzuklären.

Im Schlußwort stellte Leipart manches richtig und gab Auskunft über die vorgebrachten Klagen und Beschwerden. Die Gewerkschaften hätten, wie vorgebracht, keine Furcht vor der sozialen Revolution. Wir stehen, so erklärte er, in dieser sozialen Revolution seit Jahrzehnten mitten drin.

Zum Bericht des Bundesvorstandes wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Politik der Reichsregierung verrät in steigendem Maße die Tendenz, durch Abbau der sozialen Gesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der privaten Wirtschaft zu erzielen. Gegen diese

einseitige Heranziehung der Arbeiter zu schwersten und vielfach die nackte Existenz gefährdenden Opfern muß der Kongress um so mehr Einspruch erheben, als er den seltenen Überzeugung ist, daß auf diesem Wege die gegenwärtige Krise niemals überwunden werden kann. Abbau der Sozialleistungen und Abbau der Löhne führen unweigerlich zur Verelendung der breiten Volksschichten, die als Arbeitskräfte wie als Konsumenten für die Wirtschaft unentbehrlich und als Volksgenossen entscheidende Stützen staatlicher Ordnung, friedlichen Zusammenlebens und kultureller Entwicklung sind.

Nicht minder klar muß verurteilt werden das sich allenthalben deutlich zeigende Fortstreben der Regierung, den Einfluß der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung und der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen. Der Kongress weist entschieden den Versuch zurück, die Krise zur Entrechtung der Arbeiter auszunutzen.

Die Gewerkschaften treten heute wie stets für Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung ein. In der Verankerung der Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität sehen sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Erhaltung und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig als die Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Sie verlangen des weiteren in einer Zeit, in der die Arbeiter unter den Fehlern unverantwortlicher Führer der privaten Wirtschaft am stärksten zu leiden haben, die Gewährleistung verstärkten Einflusses der Gewerkschaften in allen sozialen und wirtschaftlichen Körperchaften, sie fordern im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Beteiligung der unentgeltlichen Fürten und Rechtsbeistandungen, deren sich insbesondere die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schuldig gemacht hat.

Außerdem drachte der Kongress einstimmig zum Ausdruck, daß der internationale Charakter der heutigen Krise ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft erschwert. Deshalb muß eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden.

Der Kongress beauftragt daher den Bundesvorstand, die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen. Das Thema:

„Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche“

behandelte der Referent Professor Dr. Lederer (Heidelberg) in umfassender Weise. Da dieser Vortrag alsbald in Form einer Broschüre in einer Massenausgabe den Gewerkschaftsmitgliedern zugänglich gemacht werden soll, möchten wir uns hierüber kurz fassen. Lederer erklärte den Unterschied zwischen den früheren und der heutigen Krise. Er erläuterte ferner die technische Revolution des Produktionsprozesses, den Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft, die Krise auf den internationalen Geldmärkten, die Hemmnisse des Warenstroms durch Zollmauern, um zum Schluß die Notwendigkeit einer generellen Arbeitszeitverkürzung überzeugend darzulegen.

Auch dieser Vortrag war Gegenstand einer lebhaften Aussprache. Egger t vom Bundesvorstand organisierte Lebeders Ausführungen in vielen Punkten. Wenn man in einem solchen Staat wie Deutschland die Arbeitszeitfrage lösen will, muß man den Versuch machen, die Erwerbstätigen zum größten Teil in den Produktionsprozess einzureihen. Aufmerksam folgte auch der Kongress den Darlegungen des Kollegen Tarinow vom Holzarbeiterverband. Im Widerspruch zu sonst scheint es heute die wesentliche Kluft der Wirtschaft zu sein, möglichst planmäßig die Versorgung der Menschen einzuschränken. Der Widerstand, hochwertige Waren zu vernichten, wäre ein Standal und zeige die Bräuhigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

In seinem Schlußwort behandelte Lederer noch einmal die Frage des Kreditmechanismus. Es sei schwer, die bisherigen Gepflogenheiten bezüglich der Erhöhung der Geldmenge durch ein neues System abzuändern. Jedenfalls könne die Ausweitung der Geldmenge nur international geschehen. In eindringlicher Weise vertrat es Lederer, zum Schluß die hervorragende Solidität der Arbeiterschaft hervorzuheben, die darin liegt, daß man sich zur Teilung der vorhandenen Arbeitsmenge bereit findet, ohne Rücksicht auf persönliche Opfer.

Eine entsprechende Entschließung fand die einstimmige Annahme des Kongresses.

Man kann das Referat des Altonaer Oberbürgermeisters, Genossen Bauer, über

Öffentliche und private Wirtschaft

als den Höhepunkt des Kongresses bezeichnen. Schlag auf Schlag wurden die unberechtigten Angriffe auf die kommunale Wirtschaft abgewehrt. Man erlebt es manchmal, daß



A. Kroll



H.S.

Behördenvertreter, selbst wenn sie Genossen sind, eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legen, bei Brauer war das anders. Er bekannte sich zum Sozialismus und legte sich für die Wirtschaftsdemokratie energisch ins Zeug. Er begann seinen Vortrag mit dem geschichtlichen Nachweis, daß es bereits seit Jahrhunderten eine staatliche und kommunale Wirtschaft gegeben hat. Gerade in der Blütezeit des manchesterlichen Liberalismus erfolgte der Übergang der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte in öffentlichen Besitz. Öffentliche Wirtschaft ist auch eine hervorragende soziale Angelegenheit. Alle möglichen Leute schreiben und reden über die Korruption der öffentlichen Wirtschaft und der Behörden. Dabei ist noch niemals eine solche lotterhafte Wirtschaftsführung offenbar geworden als in der Privatwirtschaft der letzten Monate. Es ist eine Wirtschaft ohne Wirtschaftlichkeit, die außerdem mit sehr wenig Moral geführt wird. Deshalb muß das Schmetzgewicht der Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren aus der privatwirtschaftlichen in die öffentliche Sphäre verlegt werden. Es ist lebhaft zu begrüßen, daß dieser mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag ebenfalls in Massen verbreitet werden soll. Selbst dem Kenner imponierte die leichtverständliche Behandlung des von Brauer behandelten Problems.

Die Aussprache war sehr interessant, ebenso das Schlusswort von Brauer. Die großen Anforderungen an die Gemeinden hätten die akute Gefahr des großen Zusammenbruchs vieler Gemeinden nahe gerückt. Es muß dringend darauf gewartet werden, industrielle Betriebe der Gemeinden in der jetzigen Zeit zu veräußern. Sie müßten zu einem Spottgeld losgeschlagen werden und würden niemals zurückkommen. Was den Gemeinden nicht täte, wäre ein Hilfsprogramm, damit sie vor dem Entzug kurzfristiger Anleihen geschützt sind. Bezüglich der Umordnung der Hauszinssteuer in eine Grundschuld des Hausbesitzes sei eine dringende Warnung am Platze. Der Gedanke an sich sei nicht ungesund, aber der von den Hausbesitzern vorgelegte Plan müsse eine gründliche Überarbeitung erfahren. Unverantwortlich sei die Jahrzehnte andauernde Subvention an die ostelbische Landwirtschaft. Es sei besser, der Staat würde die gesamten Güter aufkaufen und sie in Siedlungsgebiete verwandeln. Ein Zurück in die Periode des Manchestertums würde es niemals mehr geben. Die öffentliche Wirtschaft wäre ein starker Bestandteil der zukünftigen Entwicklung. Ein demokratischer Staat ohne Selbstverwaltung ist unmöglich. Es sei lebhaft zu begrüßen, daß der Gewerkschaftskongress das Problem, öffentliche und private Wirtschaft, zum Gegenstand seiner Beratungen gemacht habe.

Zwischenbegrüßte der französische Gewerkschaftsführer Léon Jouhaux den Kongress. Seine Anwesenheit sollte nicht nur Sympathie, sondern Solidarität zwischen den deutschen und den französischen Arbeitern zum Ausdruck bringen.

Der Sekretär des ADGB, Clemens Körpel, Berlin, behandelte das äußerst wichtige Thema Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts. Der Referent behandelte das Thema in der gewohnten tiefgründigen

Weise. Das kollektive Arbeitsrecht, so führte er u. a. aus, ist die der heutigen Entwicklung allein entsprechende rechtliche Ausdrucksform des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiterklasse. Träger des kollektiven Arbeitsrechts sind die Gewerkschaften. Man will neuerdings Gewerkschaften und Unternehmervertreter stellen und ihnen gleiche Bindungen auferlegen. Eine solche Gleichstellung ist unter allen Umständen abzulehnen. Die heute herrschende Parität im Arbeitsrecht bedeutet Gleichstellung der Wirtschaftsmacht mit der Arbeitskraft, damit aber Gleichstellung der wenigen Unternehmer mit 20 Millionen Arbeitern. Diese Parität erzwingt das Eingreifen der Behörden auf allen Gebieten. Sowohl die gesetzliche Form als auch die Sicherung der Durchführung des kollektiven Arbeitsrechts ist gegenwärtig noch durchaus unvollkommen. Die Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbehörden hat die berechtigten Erwartungen der Arbeiterklasse nur zum Teil erfüllt. Die Einträge in laufende Tarifverträge durch Notverordnungen, die Aufhebung der Rechtsansprüche aus bestehenden Arbeitsverträgen, die Auslöschung des Tarifrechts durch Einschränkungen bei Allgemeinverbindlichkeitsklärungen usw. bedeutet eine Erschütterung des Tarifgedankens. Die Gewerkschaften anerkennen das Schlichtungswesen als eine staatspolitische Aufgabe. Jeder Staat muß, um die Interessen der Staatsbürger wahrzunehmen, Machtmittel haben, diese Aufgabe durchzuführen. Ohne das staatliche Schlichtungswesen würden die schwächeren Schichten im Wirtschaftsleben benachteiligt werden. Körpel sieht sich im weiteren Verlauf seiner Rede mit dem Betriebsrätegesetz, der Lehrlingsordnung u. a. sozialpolitischen Grundrechten auseinander. Die Gewerkschaften werden die Idee der Sozialpolitik hochhalten. Denn kollektives Arbeitsrecht und Sozialpolitik sind keine Instruktionen im leeren Raum, sondern die Ausdrucksform der gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung der werktätigen Schichten. Das Zeitalter des Individualismus und des Liberalismus gehören der Vergangenheit an. Die Gewerkschaften haben den unerlöschlichen Glauben an ihre Idee, denn sie allein gewährleistet das Menschenrecht der Arbeiterklasse.

Eine äußerst lebhaft Ausgesprochene folgte diesem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Der Sekretär des ADGB, Dr. Rödiger machte nicht unwichtige Ausführungen über die Verhältnisse in der Sozialversicherung. Echte Selbstverwaltung bestände heute an keiner Stelle der Sozialversicherung mehr. Durch Notverordnungen habe die Staatsbürokratie der Verwaltungsbürokratie in die Hände gearbeitet. Dem in Aussicht stehenden Reformprogramm muß mit großer Skepsis entgegengegangen werden. In der hierauf angenommenen Entschließung wurden die gewerkschaftlichen Forderungen zum Arbeitsrecht herausgearbeitet.

Nunmehr wurde das Ergebnis der Wahlen zum Bundesvorstand bekanntgegeben. Drei bejubelte Bundesvorstandsmitglieder: der bisherige Kassierer Hermann Kube, der 3. Vorsitzende Hermann Müller und der Sekretär Alexander Knoll schieden aus dem Bundesvorstand aus, weil sie die entsprechende Altersgrenze erreicht haben. In ihre Stelle

treten Eggert als Mitvorsitzender, Spliedt und Schlimme als Sekretäre. Der genannte Vorstand wird teils einstimmig, teils gegen wenige Stimmen gewählt. Vorsitzende sind Leipart, Großmann und Eggert, Redakteur Umbreit, Sekretäre Spliedt und Schlimme. Als unbesoldete Mitglieder fungieren: Bernhardt, Baugewerksbund, Bruns, Fabrikarbeiter, Janisch, Bergarbeiter, Mahler, Lederarbeiter, Keigel, Metallarbeiter, Schrader, Textilarbeiter, Tarnow, Holzarbeiter, und Schumann, Gesamtverband. Im Namen der Gemählten dankte Leipart für die Wiederwahl und versprach, daß der neu gewählte Vorstand seine ganze Kraft der Bewegung auch in Zukunft widmen werde. In eine 40-Stunden-Woche sei dabei nicht zu denken. Den scheidenden Kollegen Müller, Kube und Knoll widmete der Vorsitzende Leipart herzliche Abschiedsworte. Sie fanden ein ganzes Menschenalter in der Bewegung und waren ein nachsichtswertes Beispiel für die Jugend. Vorläufig stellen die drei Kollegen ihre Kraft noch zur Verfügung. Die Stelle des Kassierers wird vorerst nicht besetzt.

Im Namen der auswärtigen Gäste nahm der Genosse Metzger (Schweiz) das Wort, um die Anwesenheit der ausländischen Freunde über die Kongressveranstaltungen zu äußern. Die Schweizer, mit denen die deutsche Arbeiterklasse zu kämpfen hat, sind auch in anderen Ländern mehr oder weniger spürbar, weshalb dieser Kongress eine internationale Bedeutung erhält. Die Arbeiter der ganzen Welt sind einig mit dem Bestreben der deutschen Arbeiter, ihrem Kampf um Sozialpolitik, Tarifrecht und Menschenrecht. Darauf hielt der Vorsitzende des Kongresses, der Kollege Brandes, die

Schlussansprache

Mit seltener Einmütigkeit hat diese Tagung ihre Beschlüsse gefaßt. Er dankte den Frankfurter Freunden für die Vorbereitung und Durchführung der Arbeiten, die der Kongress notwendig machte, und wandte sich gegen einige Dredspitzer der großkapitalistischen Presse. Der Kongress habe Gericht gehalten über die kapitalistische Wirtschaft. Die Schuldigen wollen die Schuld ablenken. Der Kongress hat dieses betrügerische Spiel zerissen. Niemals ist die Existenz der Arbeiterklasse mehr bedroht gewesen als in der Gegenwart. Die Gewerkschaften können in diesen Zeiten für sich keine Kriegerrolle reklamieren. Dennoch haben sie Großes geleistet, worüber erst eine spätere Geschichtsschreibung objektiv urteilen wird. Wir erwarten von der Regierung, daß sie das Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften würdigt. Die Forderungen der Gewerkschaften sind: Fort mit der Lohnsenkungspolitik, Ausbau des Arbeitsrechts und des Arbeiterbühnes, herunter mit der Arbeitszeit auf 40 Stunden, Erhaltung der Sozialversicherung und Befreiung der Gemeinden von den schmerzhaften Lasten. Der Kongress ist wie der Hammer gewesen, der klingen soll in Fabriken, Schacht und Hütten, damit unserer Bewegung der Sieg werde!

Mit einem dreifachen Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung wurde der Kongress geschlossen.

Verbandsstag der Lithographen und Steindrucker

Die Verhandlungen des Verbandstages unseres Bruderverbandes fanden vom 16. bis 19. August in Erfurt statt. Im April des Jahres 1931 konnte der Verband auf einen 40jährigen Bestand zurückblicken. Den außergewöhnlichen Verhältnissen Rechnung tragend, ist von einer Feier im größeren Rahmen Abstand genommen worden. Der erste Verhandlungstag stand unter dem Zeichen der Geschäftsberichte des Verbandsvorstandes, des Verbandsauschusses und der Schriftleitung. Der Verbandsvorsitzende nahm dabei Gelegenheit, in eingehender Weise die gegenwärtige Lage zu behandeln. Er zeigte auf den Widerstreit der heutigen Wirtschaftsführung hin und betonte demgegenüber die Stellungnahme des Verbandes zu dem wirtschaftlichen und politischen Geschehen. Die Arbeiterklasse hat mehr denn je die Verpflichtung, auf dem Posten zu sein, denn die „nationale Selbsthilfe“, welche von dem deutschen Unternehmertum propagiert wird, bedeutet einen Angriff auf die Sozialgesetzgebung und das Tarifrecht. In der Aussprache wurde allgemein die Tätigkeit des Verbandsvorstandes anerkannt, was auch dadurch zum Ausdruck kam, daß ein Vertrauensvotum für den Verbandsvorstand einstimmig die Zustimmung durch den Verbandstag fand.

Kollege Knoll vom Vorstand des ADGB, legte die Stellung der Gewerkschaften zum Staats dar. Der zweite Verbandsvorstand Herbst hatte die Aufgabe übernommen, die technischen Möglichkeiten in der Gewerbe zu behandeln. Die technische Entwicklung ist nicht zuletzt an der hohen Arbeitslosigkeit im Steindruckgewerbe schuld. Der Verband mußte 1930 das Vierfache des Betrages vom Jahre 1927 an Arbeitslosenunterstützung auszahlen. Die Ausführungen zeigten, daß im Steindruckgewerbe kein Stillstand in der technischen Entwicklung eingetreten ist. Der Verbandstag war einig in der Forderung, daß alle Kräfte angepannt werden müssen, um in der Arbeitslosenfrage eine Erleichterung zu bringen. Neben einer Beschränkung der Lehrlingszahl dürfte das in einer merklichen Arbeitszeitverlängerung zu erreichen sein. In seinem Schlusswort fasste der Kollege Knoll noch einmal die Tätigkeit des Verbandstages zusammen. Er betonte die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, und hob besonders die volle Einmütigkeit hervor, mit welcher die weittragenden Beschlüsse gefaßt wurden.

Sämtliche Verbandsangelegten wurden durch den Verbandstag wiedergewählt. Diese Tatsache ist ein Be-

weis für das Vertrauen, welches die Kollegenchaft in die Verbandskörperschaften setzt, und läßt eine weitere gute Entwicklung dieser stabilen Organisation erhoffen. Wenn auch kein großes Organisationspublikum mehr vorhanden ist (97 Proz. der Berufsangehörigen sind organisiert), so dürfte doch die Festigkeit auch in der Zukunft außer Frage stehen.

Die „Graphische Presse“ schreibt zu dieser Tagung: „Der Verbandstag stand vor der Frage, ob der Verband zukünftig Gewerkschaft oder Unterstützungsvereinigung sein soll. Bei der Aktivität der Teilnehmer fiel die Beantwortung dieser Frage keinem Delegierten schwer. Der Verbandstag entschied einstimmig: Der Verband bleibt Gewerkschaft.“

Die literarische Produktion Rußlands

Das Vorkriegsrußland war ein sehr beachtenswerter Abnehmer deutscher Bücher. In Kiew, Riga und Dorpat, in Petersburg und Moskau, in Warschau, Kiew und in verschiedenen anderen russischen Städten gab es Buchhändler, die wissenschaftliche und schöpferische deutsche Bucherzeugnisse als Spezialität führten. Freilich wurde die deutsche Bucherausfuhr nach Rußland unter dem zaristischen Regime durch Zensurmaßnahmen sehr stark behindert. Im Sowjetrußland war es zunächst völlig unmöglich, deutsche Bücher in größeren Mengen einzuführen, und auch jetzt noch sind die deutschen Bücherlieferungen ziemlich unbedeutend, die von den wenigen, wieder zugelassenen Buchhändlern bestellt werden können. Die Zensur ist nicht gefallen, nur anders geartet. Der russische Staatsverlag in Moskau befehrt vorläufig noch den russischen Büchermarkt fast völlig. Man kann nicht sagen, daß es im jetzigen Rußland nicht viel zu lesen gäbe. Oh, da jorgen schon die Machthaber dafür, daß Bücher und Broschüren en masse unter das Volk kommen. Kein anderes Land konnte bisher so genaue Angaben über die literarische Produktion veröffentlichen als das jetzige Rußland. Nun liegen die Produktionsziffern für 1929 vor, die vom Direktor Janigot von der Staatlichen Bücherkammer im „Le Droit d'Auteur“ bekanntgegeben worden sind. Demnach stieg die literarische Produktion gegenüber dem Vorjahre um 4974 auf 29 474 bibliographische Einheiten. Auf die Masseliteratur entfielen 3827 Werke in rund 98 Millionen Auflage, auf Kinderbücher 1186 Werke in 90 Millionen, auf Bücher für die heranwachsende Jugend 1093 Werke in 13,6 Millionen, auf belehrende Bücher 3470 Werke in 47,3 Millionen Auflage. Es folgten 1376 wissenschaftliche Werke (17 Millionen Auflage), 9825 Bücher für den praktischen Ar-

beiter (65,4 Millionen Auflage), 1808 Nachschaggerichte (10 Millionen Auflage), 2212 amtliche Publikationen (11,5 Millionen Auflage) und 1677 Werke an sonstiger Literatur (20 Millionen Auflage). Insgesamt wurden 314,291 Millionen Exemplare hergestellt. Als Bücher galteten 14 061 Publikationen mit mehr als 2 Druckbogen. Die Mehrzahl der Gesamtzeugung, das sind 15 413 Veröffentlichungen, kam auf die Broschüren bis zu 2 Druckbogen. Während in Deutschland und auch in den meisten anderen Literaturländern der Hauptanteil der Verlagsproduktion auf die schöne Literatur entfällt, steht in Rußland die Gruppe: Sozialwissenschaften aus naheliegenden Gründen mit 12 175 Einheiten an führender Stelle. Dann kommen die angewandten Wissenschaften mit 7607 Einheiten, die Literatur mit 3068, die exakten Wissenschaften mit 1958 Einheiten, die Philologie mit 1123 Einheiten und die allgemeinen Werke mit 1097 Einheiten. Unter Tausend steben Geschichte und Geographie (984), Kunst und Sport (933), Philosophie (271) und antireligiöse und religiöse Probleme (258).

Von der Gesamtproduktion erschienen 26 339 in russischer und 3115 Einheiten in anderen Sprachen, worunter deutsch mit 186, chinesisch mit 504, französisch mit 28, polnisch mit 63 und englisch mit 23 Werken vertreten sind. Von den 1394 erschienenen Zeitschriften wurden 334 wöchentlich, vierzehntäglich oder monatlich herausgegeben, 64 aber nur zwei- oder dreimonatlich. Antiklische Charakter trugen nur mehr 103 gegen 171 im Vorjahre, die Zahl der wissenschaftlichen Periodica stieg dagegen von 93 auf 150. An Zeitungen erschienen 1928 (für 1929 sind die Zahlen leider nicht angegeben) 109 täglich, 180 zwei- oder dreimonatlich, 259 wöchentlich, vierzehntäglich oder monatlich und 45 zwei- oder dreimonatlich.

Zweifelloso steckt in diesen Zahlen ein ganz erstaunlicher Wille der Machthaber in Moskau, das Lesebedürfnis eines großen Völkergemisches von Russen, Tataren usw. hervorzuheben und in ganz bestimmter politischer oder ökonomischer Richtung zu beeinflussen. Ob das immer noch ganz erheblich in Erscheinung tretende Anspäbetentum der russischen Bevölkerung den literarisch-politischen Bildungsversuchen der Regierungszentralen nicht zu große Hindernisse bereitet, ob ferner die Millionen von Büchern und Schriften auch wirklich an die Kreise gelangen, für die sie geschaffen worden sind, und dann zuletzt, ob die literarischen Erzeugnisse tatsächlich gelesen und gewürdigt werden, das kann natürlich aus der Statistik nicht hervorgehen. Das steht auf einem anderen Blatte im Buche der russischen Volksgeschichte geschrieben, das noch nicht vollendet ist.

